

(17.02.2016 – 25.02.2016)

Grüner Pressespiegel

Nicole Maisch, MdB

25.02.2016 - Vergleichsportale: Zu wenig Nutzen, zu viel Intransparenz

Zur heute veröffentlichten Untersuchung über Buchungs- und Vergleichsportale des Marktwächters Digitale Welt erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Die Untersuchung zeigt deutliche Defizite bei Vergleichsportalen auf. Häufig mangelt es an Transparenz, Angebotsvielfalt und einer klaren Preisanzeige. Portalbetreiber gaukeln den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen vollständigen Marktüberblick vor, den sie oft aber gar nicht bieten. Sie suggerieren, dass sie Preise prüfen und die günstigsten anzeigen. Dabei sind die billigsten Preise häufig gar nicht auf den Portalseiten zu finden. Die Bundesregierung lehnt sich bislang bequem zurück und tut nichts für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie verkennt dabei die zentrale Rolle von Vergleichsportalen als Orientierungshilfe und Vermittler im Netz. Portale sollten dazu verpflichtet werden, wirtschaftliche Verflechtungen mit anderen Portalbetreibern und Anbietern offen zu legen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, ob und welche Provisionen fließen. Das gilt natürlich auch für die analoge Welt, zum Beispiel beim Vertrieb von Altersvorsorgeprodukten.

Kreisverband

25.02.2016 - Grüne organisieren Transport von gebrauchten Kinderfahrrädern für Flüchtlingskinder

Die Kasseler Grünen rufen zu Spenden von Kinderfahrrädern und Rollern für die Fahrradwerkstatt in der Flüchtlingsunterkunft Park Schönfeld auf. „Für Flüchtlingskinder werden noch Fahrräder gesucht. Wir bieten an, den Transport der Räder zu organisieren. Wer ein Kinderfahrrad im Keller stehen hat, das nicht mehr benötigt wird, kann sich unter der Telefonnummer 18811 oder per E-Mail unter partei@gruene-kassel.de melden. Auch Fahrradhelme werden gerne entgegengenommen.“ so Eva Koch, radpolitische Sprecherin der Grünen Rathausfraktion. Der ADFC Kassel organisiert in der Flüchtlingsunterkunft schon seit längerem eine Fahrradwerkstatt. Dort werden gebrauchte Räder zusammen mit interessierten Flüchtlingen wieder fahrtüchtig gemacht und ihnen anschließend zur Nutzung überlassen. Dieses ehrenamtliche Engagement wollen die Grünen mit ihrem Angebot unterstützen.

Nicole Maisch, MdB

24.02.2016 - Nationales Programm für nachhaltigen Konsum: Nette Prosa statt konkreter Maßnahmen

Zum heute veröffentlichten Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum der Bundesregierung erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik, und Renate Künast, Vorsitzende des Ausschusses Recht und Verbraucherschutz:

Das Programm ist nicht mehr als nette Prosa. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen bleibt gänzlich offen, bis wann und mit welchen Mitteln sie umgesetzt werden sollen. Klar ist jedoch, wenn keine Gelder bereitgestellt werden, bleibt das Programm sowieso eine Luftnummer.

Viele der Maßnahmen setzen auf noch mehr allgemeine Verbraucherinformationen und schieben die Verantwortung für nachhaltigen Konsum den Verbraucherinnen und Verbraucher zu. Nachhaltiger Konsum muss alltagstauglich und einfach sein. Dafür helfen weitere Broschüren, CO2-Rechner und Informationsforen nur bedingt. Die Bundesregierung muss gesetzliche Initiativen ergreifen, die die Rahmenbedingungen für nachhaltige Produktions- und Konsummuster grundlegend verbessern.

Um dem Prinzip einer „geteilten Verantwortung“ aller Akteure für nachhaltigen Konsum gerecht zu werden, reicht eine Politik der Mini-Schritte nicht aus. Die Bundesregierung sollte endlich sagen, was sie wirklich will: Schein oder Sein für nachhaltigen Konsum?

Rathausfraktion

24.02.2016 - Stockplatz wieder lebendig machen

„Wir wollen den Stockplatz gemeinsam mit den Bürger*innen Wehlheidens wieder lebendig machen“, kommentiert Joachim Schleißing, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Grünen, die Auftaktveranstaltung der Bürgerbeteiligung zur Entwicklung des Ortskerns von Wehlheiden. „Für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess braucht es jetzt gute Vorschläge, wie wir alle Belange der Lebensqualität mit einbeziehen können – also von Luft- und Lärmschutz an der Kreuzung bis hin zu den Interessen der Wehlheider Kirmes.“

„Es ist richtig, jetzt Planungsaufträge zu vergeben und dann über qualifizierte Vorschläge zu diskutieren“, sagt Schleißing. Diese Planung sei keine Vorentscheidung, sondern bereite die nächsten Schritte der Bürgerbeteiligung vor. Die CDU müsse sich fragen lassen, wie ihr Vorschlag zur Gestaltung des

Platzes denn aussehe. „Außer heißer Luft kommt da nämlich nichts“, so Schleißing.

Karin Müller, MdL

23.02.2016 - Radverkehr: Rad-Direktverbindung Frankfurt-Darmstadt stärkt ökologische Mobilität

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN freut sich über die Förderung der Rad-Direktverbindung zwischen Frankfurt und Darmstadt. „Wir wollen Alternativen zum Auto stärken und insbesondere das Radfahren attraktiver machen. Dafür brauchen wir gute. Die Übernahme eines Teils der Investitionen für die Rad-Direktverbindung zwischen Frankfurt und Darmstadt durch das hessische Verkehrsministerium ist dabei ein entscheidendes Signal“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der GRÜNEN.

Von den 542.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt pendelt knapp die Hälfte aus anderen Teilen Hessens zur Arbeit. Die weiter fortschreitende Konzentration von Arbeitsplätzen in Ballungsräumen führt außerdem zu erhöhten Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur. „Die Rad-Direktverbindung zwischen Frankfurt und Darmstadt ist ein wichtiges Projekt für mehr umweltfreundliche Mobilität in der Metropolregion. Damit sorgen wir auch für ein besseres Verkehrsklima mit weniger Verkehrslärm und Schadstoffen. Gerade für Berufspendler wird sich mit der Rad-Direktverbindung die Situation verbessern.“

„Wir GRÜNE setzen uns schon lange dafür ein, Hessen zum Fahrradland zu entwickeln. Bessere Radwege sind dabei immer noch ein Hauptanreiz für die Fahrt mit dem Rad.“ Die Koalition aus CDU und GRÜNE unternahme große Anstrengungen zum Ausbau der Radinfrastruktur. Bis 2022 sollen jährlich rund 4 Millionen Euro in neue Radwege an den Landesstraßen investiert werden. Die Rad-Direktverbindung zwischen Frankfurt und Darmstadt ist eines der größten Projekte, das durch das Land Hessen gefördert wird.

Karin Müller, MdL, Kreisverband Kassel-Stadt & Kreisverband Kassel-Land

22.02.2016 - Stadt und Landkreis Kassel können aktiv werden und bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die zuständige Landtagsabgeordnete für Kassel und den Landkreis, Karin Müller, die Parteivorsitzende der Kassler Grünen, Vanessa Gronemann sowie die Vorsitzende der Landkreis Grünen, Susanne Regier, freuen sich, dass die Landesregierung der Stadt und dem Landkreis Kassel die notwendigen Instrumente an die Hand gibt, um für angemessenen und bezahlbaren Wohnraum in der Region sorgen zu können. „Jetzt heißt es für uns alle, Ärmel hochkrepeln und mit Verstand und Weitsicht zu planen. Gerade mit den aktuellen Herausforderungen durch die

Flüchtlingenzuwanderung stehen wir gemeinsam vor der Aufgabe, zu möglichst günstigen Bedingungen neuen Wohnraum schaffen zu müssen.

„Auch bei uns in Kassel herrscht nach wie vor ein großer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum“, so Gronemann. Im Landkreis, der eher ländlich geprägt ist, haben wir ein Problem mit brachliegenden Wohnflächen und sanierungswürdigen Beständen, so Regier. Gut also, dass uns das Land die Chance gibt, Sanierungsstaus und Wohnraummangel auf unkomplizierte Weise und zu attraktiven Bedingungen zu beheben.“ Zugleich betont Müller wie wichtig die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist. „Es gibt einen Mangel an erschwinglichen Wohnungen nicht nur für Menschen mit geringem, sondern auch mit mittlerem Einkommen. Bezahlbarer Wohnraum ist kein Luxus, sondern eine Frage der Gerechtigkeit.“

Die Landesregierung hat im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) 230 Millionen Euro für die Umsetzung bereitgestellt. Die Fördermittel stehen ab jetzt in einer ersten Phase zur Verfügung, so dass alle hessischen Kommunen ihre Bauvorhaben anmelden können. Das Programm richtet sich an alle Kommunen und Bauvorhabenträger, die neue Wohnungen bauen, Mietwohnungen modernisieren oder Wohn- und Nichtwohngebäude zur dauerhaften Nutzung als Wohnraum herrichten wollen. Auch der Erwerb von Nichtwohngebäuden durch Kommunen mit dem Ziel der dauerhaften Nutzung als Wohnraum wird mit diesem Programm gefördert. Im Rahmen des neuen KIP-Gesetzes werden Förderdarlehen mit einer Laufzeit von 30 Jahren zur Verfügung gestellt. Die Zinsen eines Förderdarlehens werden in den ersten 15 Jahren vom Land getragen, danach gilt der Marktzins.

„Diese Maßnahmen können für Entspannung in der Wohnraumfrage sorgen. Sie sind aber auch langfristig angelegt, denn die Schaffung und Sanierung von Wohnraum wird uns auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen“, so Müller. „Wir sind zuversichtlich, dass mit diesem Geld zusätzlicher Wohnraum zu angemessenen Preisen geschaffen werden kann“, sind sich Gronemann, Regier und Müller einig.

Nach den neuen Richtlinien können Flüchtlinge bereits vor Abschluss des Anerkennungsverfahrens wohnberechtigt sein. Durch die Förderung sollen auch kurzfristig Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge entstehen.

Rathausfraktion

22.02.2016 - Salzman- Einzelhandel von Anfang an ausgeschlossen

„Der Ausschluss von Einzelhandel war Konsens der Stadtverordnetenversammlung, mit Ausnahme der

FDP, die das Gebäude immer abreißen wollte", sagt Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Rathaus. "Die Sicherung des Gebäudes durch die Stadt ist ein letztes Mittel, das erst nach Ablauf von Fristen eingeleitet werden kann. Die Stadt hat Rechtssicherheit vor unbedachtem Aktionismus walten lassen. Die Aussagen von Herrn Rossing lenken von seiner Verantwortung für den Zustand des Denkmals ab. Eine Klage von Herrn Rossing wird dem Gebäude nicht helfen. Leider ebenso wenig wie die leeren Worte von Herrn Rossing zu einer neuen Entwicklung."

Wenn Dennis Rossing weiterhin Einzelhandel ansiedeln möchte, könne man diese Absichten des Eigentümers nicht ernst nehmen. Beig hegt die Vermutung, dass Rossing Salzmann absichtlich verfallen lasse, um so Druck auf die Stadt auszuüben. Dieses Vorhaben gehe nach Meinung Beigs nicht auf. Bettenhausen sei mit dem Fachmarktzentrum am Leipziger Platz überaus gut versorgt. Dies sei dem Investor schon zum Zeitpunkt des Erwerbs der Immobilie in vielen Gesprächen klar gemacht worden. Es bestehe Konsens unter allen großen Fraktionen, in Bettenhausen keinen weiteren Einzelhandel zuzulassen. Alle Fraktionen seien gut beraten, diese Übereinkunft nicht zu verlassen. Schon gar nicht mit den jüngsten Ausführungen von Herrn Rossing.

Rathausfraktion

22.02.2016 - Zukunftsweisende Wohnungspolitik für jedes Portemonnaie

„Zukunftsweisende Wohnungspolitik bedeutet aus grüner Sicht, den positiven Trend in Kassel aufzugreifen, ohne die Menschen mit kleinerem Budget im Regen stehen zu lassen“, stellt Joachim Schleißing für die grüne Rathausfraktion fest. „Die Projekte der GWH in Helleböhn und in West sind dafür gute Beispiele. Ebenso wird die GWG in Zukunft wieder stärker in den Neubau von günstigem Wohnraum investieren.“ Dabei dürfe man nicht vergessen, dass die GWG mit über 100 Millionen Euro ihren Bestand saniert habe und dadurch die Warmmieten langfristig auf einem bezahlbaren Niveau halten könne.

„Die freien Flächen in Kassel sind endlich, daher ist Innenentwicklung das Gebot der Stunde. Dabei müssen wir die Veränderungen in den Ortsteilen vermitteln und die Anwohner*innen informieren und beteiligen“, so der wohnungspolitische Sprecher. „Wir Grünen haben deshalb im Haushalt Mittel bereitgestellt, um ein Pilotprojekt ‚Baukultur von unten‘ zu starten, das die Zusammenarbeit in den Stadtteilen stärken und unterstützen soll.“

Die Vorzeichen der grünen Landesregierung für günstigen Wohnraum seien sehr zu begrüßen. „Mit einem Förderprogramm für sozialen Wohnungsbau in Höhe von 230 Millionen Euro, der Mietpreismbremse

und der Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe können wir in der Stadt wieder verstärkt in günstigen Wohnraum investieren und auch die privaten Eigentümer*innen sind gehalten, die Mieten nicht unverhältnismäßig in die Höhe zu treiben.“

Rathausfraktion

19.02.2016 - Brücken bauen zu den Ortsbeiräten

Die grüne Rathausfraktion fordert den Magistrat auf, auf die Ortsbeiräte Mitte und Unterneustadt zuzugehen, um doch noch eine gemeinsame Lösung für die Benennung der Karl-Branner-Brücke zu erzielen. Bislang wurden Namensgebungen für Plätze und Straßen in Kassel immer einvernehmlich zwischen Magistrat und Ortsbeiräten geregelt.

„Ich kann mir vorstellen, dass die Stadtverordneten eine Initiative des Magistrats in dieser Hinsicht begrüßen würden“, meint Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender der Kasseler Grünen.

Damit könne man auch den Streit mit den Autoren der Studie („Vergangenheiten“) beilegen, die den Text der Tafel an der Brücke nicht angemessen finden. Beig: „Mit dieser Initiative könnte der Magistrat zum Stadtfrieden beitragen.“